

Antrag

der Abg. Elke Zimmer u. a. GRÜNE

Zukunftsoffensive Öffentlicher Verkehr – aktuelle Förderungen des Landes nach GVFG und LGVFG für kommunale Projekte im Bereich des schienengebundenen ÖPNV in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Kommunen oder Landkreise Anträge auf Förderung nach dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (GVFG) für den Bau oder Ausbau von Verkehrswegen der Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen besonderer Bauart sowie Eisenbahnen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie für Vorhaben des schienengebundenen ÖPNV nach dem Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (LGVFG) im Zeitraum 2011 bis 2018 gestellt haben;
2. welche dieser Vorhaben nach dem GVFG und dem LGVFG in Baden-Württemberg vom Land derzeit gefördert werden und wie hoch die Fördersummen jeweils insgesamt sind;
3. welche Stadtbahn- und Straßenbahnstrecken mit welcher jeweiligen Länge in den vergangenen 5 Jahren in Baden-Württemberg in Betrieb genommen wurden, welche Strecken mit welcher Länge sich derzeit in Bau befinden und wie sich dies im bundesweiten Vergleich darstellt;
4. bis wann sie mit einer Erhöhung des Volumens des Bundes-GVFG-Programms auf 1 Milliarde Euro rechnet, die im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart ist;
5. ob nach ihrer Kenntnis mit der Neuregelung des Bundes-GVFG-Programms auch Sanierungsmaßnahmen förderfähig werden;
6. mit der Anmeldung welcher weiterer Vorhaben im schienengebundenen ÖPNV und mit welchem finanziellen Zuschussbedarf sie hierfür rechnet;
7. ob sie eine Förderung von Planungskosten bei den kommunalen Vorhabenträgern für sinnvoll erachtet und welche Schritte sie hierzu unternimmt;
8. welche zusätzlichen Maßnahmen das Land den Kommunen und Landkreisen zur Unterstützung anbietet, um den ÖPNV weiter auszubauen;
9. welche Kommunen diese Angebote des Landes derzeit in Anspruch nehmen;
10. welchen Bedarf kommunale Spitzenverbände sowie Verkehrsverbände für die finanzielle Ausstattung des LGVFG in Nachfolge der entfallenden Entflechtungsmittel benannt haben.

29.05.2018

Zimmer, Katzenstein, Renkonen, Hentschel, Lede Abal, Marwein, Niemann GRÜNE

Begründung

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ist eine Zukunftsoffensive für den öffentlichen Verkehr vereinbart, die zum Ziel hat, deutlich mehr Menschen zum Umstieg in Busse und Bahnen zu bewegen: „Wir wollen mit Hilfe einer ÖPNV-Offensive in der Fläche zu einem verlässlichen Gesamtsystem des öffentlichen Verkehrs im Land beitragen. (...) Der örtliche, von der kommunalen Seite getragene Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung und zur Umsetzung eines verlässlichen Mobilitätsangebots mit Bahnen und Bussen von großer Bedeutung. Das Land wird die Kommunen daher beim Ausbau des ÖPNV weiter unterstützen. Das Land ist zur Kofinanzierung von Stadtbahnausbauten im Rahmen des Bundes- und des Landes-GVFG grundsätzlich bereit.“

Um diesen Zielsetzungen gerecht zu werden, ist es wichtig, unseren Kommunen und Landkreisen in Baden-Württemberg bei dem Bau oder Ausbau von Verkehrswegen der Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen besonderer Bauart sowie Eisenbahnen des öffentlichen Personennahverkehrs in der Planung und Umsetzung zur Seite zu stehen.